



www.linksfraktion.de

ausweiten und so dafür sorgen, dass Unternehmen gezwungen sind, elternfreundliche Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter zu schaffen. Die Rechte erwerbstätiger Eltern will DIE LINKE konsequent ausbauen. Unternehmen müssen Eltern kürzere und flexible Arbeitszeiten gewährleisten, ohne dass diesen dadurch ein beruflicher Nachteil entsteht. Für Eltern, die sich in Elternzeit befinden, muss es Zugang zu Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und ein Rückkehrrecht auf einen gleichwertigen Arbeitsplatz geben. Der Rechtsanspruch auf Teilzeittätigkeit muss für Eltern so ausgeweitet werden, dass »betriebliche Gründe« keinesfalls wichtiger als familiäre Gründe sein dürfen.

Die Kosten sozial gerecht aufbringen – Finanzierung familienpolitischer Leistungen

Investitionen in Infrastruktur und gezielte Sozialtransfers für Familien kosten Geld, welches sozial gerecht aufgebracht werden muss. Die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD führt, wie das

Beispiel der Kinderkrippenfinanzierung zeigt, endlose Debatten über Wohltaten für Familien, ohne das notwendige Geld für Investitionen sozial gerecht aufzubringen. Die SPD hat sogar vorgeschlagen, für den Krippenausbau auf die längst überfällige nächste Kindergelderhöhung zu verzichten. Die Lohnersatzleistung Elterngeld hat die Große Koalition unter anderem finanziert, indem sie die Ansprüche studierender und erwerbsloser Eltern kürzte.

DIE LINKE sieht Investitionen in Familienpolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und wendet sich deshalb gegen eine Finanzierung familienpolitischer Leistungen durch die Familien selbst. Sie schlägt vor, auf die im Rahmen der Unternehmenssteuerreform geplanten Steuergeschenke an Unternehmen zu verzichten und die dadurch eingesparten acht Milliarden Euro für eine sozial gerechte Familienpolitik auszugeben. Dann wäre ein Ausbau der Kinderbetreuungsinfrastruktur problemlos zu finanzieren. Außerdem könnten so neue Arbeitsplätze dort entstehen, wo durch Investitionen in Infrastruktur und Dienstleistungen für Kinder und Familien der öffentliche Sektor gestärkt wird!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Ulrich Maurer, MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

Für eine sozial gerechte Familienpolitik

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G



LINKE Familienpolitik

Die Fraktion DIE LINKE will die Lebensbedingungen von Familien verbessern: Sie will eine familienfreundliche Arbeitswelt schaffen und Frauen und Männern ein erfülltes Familienleben sowie berufliche Integration und individuelle Existenzsicherung ermöglichen. Kinderarmut, familienfeindliche Arbeitszeiten und fehlende Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sollen der Vergangenheit angehören. Mit Hilfe der Kindergrundsicherung will die Linksfraktion Kinderarmut endgültig in die Geschichtsbücher verbannen und durch ein Elterngeldkonto Eltern Gestaltungsmöglichkeiten bei der Betreuung eröffnen. Sie kämpft dagegen, dass allein Erziehende, Familien mit geringem Einkommen oder mit Migrationshintergrund, Eltern in Ausbildung und Erwerbslose benachteiligt werden.

Vorfahrt für Infrastruktur – Kinderkrippenausbau vorantreiben

Kinderbetreuung ist ein soziales Recht. Kinderkrippen und Kindergärten, die allen Kindern zugänglich sind, sind Orte der Bildung und Erziehung, des gemeinsamen Spielens und Entdeckens. Sie sind für viele Kinder die Tore in die Gesellschaft und können dazu beitragen, soziale Ungleichheit auszugleichen. DIE LINKE fordert deshalb, einen Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung für jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr gesetzlich zu verankern – unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern. Betreuungsangebote müssen umgehend bedarfsgerecht ausgebaut werden. Flächendeckend müssen alle Familien, die das wollen, Zugang zu Kinderkrippenplätzen haben. Die Elternbeiträge für Kindergärten und Kinderkrippen sind schrittweise abzuschaffen. Die Qualität der frühkindlichen Bildung muss verbessert werden, indem die Qualifikation der Beschäftigten auf Hochschulniveau angehoben wird und die Arbeitsplätze durch gute Arbeitsbedingungen, tarifliche Entlohnung der Beschäftigten und einen besseren Betreuungsschlüssel in den Einrichtungen attraktiver werden!

Elterngeldkonto – sozial, geschlechtergerecht und lebensnah

Das 2007 eingeführte Elterngeld ist in der derzeitigen Form eine sozialpolitische Mogelpackung. Familien erhalten nicht die in der Frühphase des Aufwachsens nötige Flexibilität. Erwerbslose, Studierende und Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen sind deutlich benachteiligt. In gleichstellungspolitischer Hinsicht sind zwei »Vätermonate« zu wenig. Deshalb schlägt DIE LINKE vor, das Elterngeld zu einem Elterngeldkonto weiter zu entwickeln. Sie will jedem Elternteil einen individuellen und nicht übertragbaren Anspruch auf zwölf Monate Elterngeld gewähren (und Alleinerziehenden 24 Monate), wenn sie ein Kind oder mehrere Kinder zu Hause betreuen. Die Lohnersatzquote von 67 Prozent bleibt bestehen, die Mindestleistung wird aber auf 450 Euro angehoben. Das Elterngeld kann ab der Geburt des Kindes bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres in Teilabschnitten von mindestens zwei Monaten oder hintereinander

in Anspruch genommen werden. Auch den Elterngeldbezug bei Teilzeitarbeit will sie verbessern – statt bisher sieben Monate können Eltern nun gemeinsam bis zu 24 Monate Teilzeitelterngeld erhalten und sich Kinderbetreuung und Beruf teilen. So werden die Gestaltungsmöglichkeiten von Familien verbessert – auch spätere kurzzeitige Erwerbsunterbrechungen (etwa zu Schulbeginn) werden ermöglicht.

Elternschaft lebbar machen – Mehr Rechte für erwerbstätige Eltern

Beständig fordert die Wirtschaft, dass qualifizierte öffentliche Betreuung gerade auch für Kleinstkinder ausgebaut werden müsse. Sie vernachlässigt jedoch eigene Anstrengungen, um familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu realisieren. Insbesondere Frauen werden schlechter bezahlt und haben enorme Schwierigkeiten, nach einer Babypause wieder in die Arbeitswelt integriert zu werden. DIE LINKE will arbeitsrechtliche Standards



Ja:

Ich will mehr Informationen über die parlamentarischen Initiativen der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

- Ja, ich will den E-Mail-Newsletter der Fraktion DIE LINKE erhalten.
 Ja, ich will die Arbeit der Fraktion DIE LINKE aktiv unterstützen.

HERR/FRAU/TITEL

NAME, VORNAME

STRASSE, HAUSNUMMER

PLZ, ORT

E-MAIL

Fraktion DIE LINKE
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Bitte senden Sie uns Ihre Angaben ausgefüllt entweder in einem Fensterkuvert oder per Fax an: 030/22 75 61 28
Mai 2007 Familienpolitik